



INITIATIVEN FÜR BREMEN

Pressemitteilung der Initiativen für Bremen

Bremen, den 4. Mai 2015

„Initiativen für Bremen“ modifizieren den Gesetzestext ihres Volksbegehrens.

Die „Initiativen für Bremen“ setzen sich für ein bedachtsames Wachsen ihrer Heimatstadt Bremen ein. Unser Bestreben ist es, die rasante Entwicklung hin zu immer schlechter werdenden Umwelt- und Lebensbedingungen aufzuhalten, ja, sie wieder zu verbessern.

Das Konzept der Bürgerinitiativen sieht vor, die noch vorhandenen Grün- und Sozialflächen im Bremer Stadtgebiet als Orte der Naherholung, der Klima-Vorsorge und des menschlichen Miteinanders zu erhalten und zu entwickeln, ohne dass die notwendige Bautätigkeit dadurch eingeschränkt wird. Zehntausende Wohnungen könnten bei diesem „Bauen ohne Flächenfraß“ z. B. durch Lückenbebauung, Aufzoning, Nutzung geeigneter, bereits versiegelter Flächen usw. entstehen. Städtebau-Experten bestätigen dies.

Für ein weiterhin gutes Miteinander in Bremen sehen wir es als notwendig an, dass die städtischen Behörden, Senat und Bürgerschaft nicht, wie es vielerorts in Bremen geschieht, die Bautätigkeit und die damit verbundene Gestaltung des öffentlichen Raumes an Vertreter der Bauwirtschaft, sogenannte Investoren abgibt.

Knoops Park, der Werdersee und innerstädtische Plätze und Grünflächen gehören nicht in die Hand von Investoren!

Da Senat und die Parteien sich dieser wichtigen Diskussion aber nicht stellen - auch nicht die Vertreter von B90/Die Grünen, von denen man es erwarten würde - haben die Initiativen beschlossen, ihren Plan mittels eines Volksbegehrens zur Diskussion zu stellen.

Doch wie war die Antwort des Senats? Ernüchternd. Mit keinem Wort ist er auf die Inhalte und Begründung unseres Begehrens eingegangen. Statt den Kontakt zu den Bürgerinitiativen zu suchen, die in kreativer und ehrenamtlicher Weise an vielen Bremer Orten gute Ideen für ein gutes Zusammenleben haben, äußert der Senat formal-rechtliche Bedenken gegen unser Volksbegehren und will das Begehren vor dem Bremer Staatsgerichtshof für nicht zulässig erklärt wissen.

Um solchen Spitzfindigkeiten notgedrungen Rechnung zu tragen, nehmen wir unseren bisherigen Text des Volksbegehrens zurück mit dem Ziel, ihn dann erneut und rechtlich unangreifbar vorzulegen. Traurig genug, dass Bürgermeister, Bau-Senator und die rot-grünen Koalitionäre trotz vieler Angebote es nicht schaffen, mit uns eine Debatte zu führen, und wir deshalb zu diesem Vorgehen gezwungen sind.

Initiativen für Bremen

V.i.S.d.P.

Olaf Dinné, Weg zum Krähenberg 57, 28201 Bremen, Telefon 0421- 551426

Gerhard Bomhoff, Teerhof 51, 28199 Bremen, Tel. 0421-5980246

Olaf Brandtstaedter, Buddestraße 8/10, 28215 Bremen, Tel. 0421-3761142